

# Marzahn- Hellersdorf

29. Jahrgang / März 2019

# links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

## Europa-Parteitag der LINKEN in Bonn

Vom 22. - 24. Februar fanden in Bonn der Bundesparteitag und die Vertreter\*innenversammlung der LINKEN statt. Die Entfernung nach Berlin ist doch erheblich, so das An- und Abreise sich als schwierig und langwierig erwiesen haben.

Nachdem aber alles funktioniert hat, war ich bereit für emotionale und sachliche Debatten über die Ausrichtung unserer Partei zum Europawahlkampf. Diese Debatten wurden lange und sehr sachlich geführt. Zu Emotionalität kam es nicht, anders als in Leipzig, was dazu führte, dass unser Wahlprogramm ein sehr guter Kompromiss für uns ist. Dennoch finde ich es schade, dass einige Ideen für die Reformation Europas so nicht im Wahlprogramm gelandet sind, aber das war ja, hoffentlich, nicht die letzte Europawahl.

Auch die Vertreter\*innenversammlung mit der Wahl unserer Liste für die

Europawahl war ein voller Erfolg. Mit Özlem Demirel und Martin Schirdewan haben wir ein starkes Spitzenduo, was (Zitat Özlem) „den Wahlkampf rocken“ wird. Kurzfristig bekam Martin zur Wahl einen Gegenkandidaten. Dadurch hatten wir tatsächlich eine Wahl, die Martin mit 83 % jedoch für sich entschied. Auch Martina Michels auf Listenplatz 5 ist ein großer Erfolg, der mich sehr gefreut hat.

Der emotionalste Moment für mich war die Rede von Pia Klemp, Kapitänin der „Juventa“ und der „Sea-Watch 3“. Sie berichtete von ihren Erfahrungen auf dem Mittelmeer und der Strafverfolgung in Italien. Wenn ihr elf Minuten Zeit habt, schaut euch die Rede im Internet an! Alles in allem war dieser, mein zweiter, Bundesparteitag ein sachlich geprägter und ruhiger Parteitag, in dem die Ausrichtung der Partei zum Thema EU/Europa nicht klar positioniert ist, aber dennoch deutlich geworden ist, dass wir

ein anderes Europa wollen. Ein menschliches, ein offenes und ein friedliches. Ein Europa ohne Mauern außerhalb und innerhalb, ein solidarisches Europa, ein Europa, das Menschenrechte schützt und verteidigt. Ein Europa, in dem Menschen, Tiere und Klimaschutz an erster Stelle stehen.

TORSTEN HIMM



Unsere Marzahn-Hellersdorfer Delegierten. Foto: privat

### Was gibt's sonst noch?

**Seite 2:** Verschwinden unsere Vögel? / Politischer Frühschoppen / Kita-Richtfest

**Seite 3:** Petra Pau: Greta und die Zukunft / Bezirksvorstand / Aus den Siedlungsgebieten

#### Die Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV Februar: Laute Debatten um Stilles Gedenken 7 / • Baumfällungen
- Wir ziehen Bilanz / • Solidarität mit dem Frauenstreik

**Seite 4:** Kristian Ronneburg: Verkehrspolitische Themen / Dagmar Pohle: Rathausplitter

**Seite 5:** Was machst du am 8. März? / Rotes Sofa mit Janko Lauenberger

**Seite 6:** Tipps und Termine / Hinten links: Wichtiges

## „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ Unterschriftensammlung für das Volksbegehren startet am 6. April

Die Sorge vor Verdrängung, vor dem Verlust der eigenen Wohnung und den immer weiter steigenden Mieten ist das zentrale Problem für die Menschen in unserer Stadt. Die großen Immobilienkonzerne bauen am Bedarf vorbei, erhöhen die Miete, verdrängen Mieter und spekulieren mit Wohnraum. Ihre Marktmacht muss durchbrochen werden.

Der Antrag für den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ liegt seit November 2018 zur Kostenprüfung beim Senat. In einer Umfrage eines Meinungsforschungsinstituts sprachen sich 54,8 % der Berliner\*innen für die Enteignung profitorientierter Wohnungsunternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen in der Stadt aus. Laut Forsa befürworten 44 % unter den Berliner\*innen eine Vergesellschaftung, 39 % sind dagegen, 17 % wissen es (noch) nicht.

Wir wollen alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Mietenwahnsinn zu begrenzen und das Grundrecht auf Wohnen durchzusetzen. Deshalb unterstützen wir das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“. Die Unterschriftensammlung startet am 6. April 2019. Für die erste Hürde müssen 20.000 gültige Unterschriften innerhalb von sechs Monaten gesammelt werden.

KRISTIAN RONNEBURG

Macht jeden Tag zum  
Frauentag! **DIE LINKE.**

**DIE LINKE.**  
in der BVV Marzahn-Hellersdorf

**Solidarität mit  
dem Frauenstreik**  
am 8. März 2019!



Foto: Frauentag

## Verschwinden unsere Vögel?

Seit Jahren erfasst der Naturschutzbund (NABU) zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahr mit Hilfe interessierter Laien den Bestand der Singvögel in Deutschland. Einmal während der Brutzeit im Rahmen der „Stunde der Gartenvögel“ und einmal in der kälteren Jahreszeit im Rahmen der „Stunde der Wintervögel“. Die Zählung erfolgt u.a. mit Hilfe interessierter „Privatleute“ an Futterhäuschen oder -stellen. Am 26./27. Januar erfolgte die diesjährige Winterzählung. Deutschlandweit nahm eine Rekordzahl von 138000 Menschen an der Aktion teil. Ein tolles Ergebnis. Allerdings waren noch nie so wenig Singvögel registriert worden, insbesondere war ein drastischer Rückgang bei Amseln zu verzeichnen. Eine einfache Erklärung wäre, dass viele Vögel im milden Winter die Futterangebote nicht so stark frequentieren, da Wälder und Parks genug Futter bieten und auch weniger Zugvögel aus dem



Stieglitz in den Gärten der Welt

Foto: E. Bothur

Norden und Osten hierher kommen, denn dieser Winter war auch dort relativ mild. Ein anderer Grund dürfte im trockenen langen Sommer liegen, in dem es wenige Insekten gab. Dadurch wuchsen wohl weniger Jungvögel auf. Überhaupt kann man die abnehmende Zahl und Vielfalt der heimischen Vogelwelt nicht vom Verlust an Insekten über viele Jahre trennen. Allerdings schwanken die Bestände gerade kleinerer Vogelarten stark von Jahr zu Jahr. Was kann man (noch) gegen den Trend tun? Mut zur Wildnis auch in der Stadt. Wildblumen, heimische Gartenflora und Streuobstwiesen anlegen bzw. zulassen statt artenarmes Straßengeleitgrün, pflegeleichten Rasen und Koniferen.

Berlin bleibt übrigens nach wie vor die „Hauptstadt der Spatzen“, der Haussperling wird gefolgt von Kohlmeise und Blaumeise, aber auch der Stieglitz – wie hier auf dem Foto – schaut hin und wieder auf der Suche nach Sämereien am Futterplatz vorbei ...

FRANK BEIERSDORFF

## Aus den Siedlungsgebieten:

### Kita-Richtfest und Bauarbeiten in der Pilgramer Straße

In den letzten Monaten hat sich die Verkehrssituation in der Mahlsdorfer Pilgramer Straße weiter zugespitzt. Die Pilgramer Straße ist eine wichtige Erschließungsstraße für viele Mahlsdorfer\*innen. In der Siedlung Am Theodorplatz sind 500 neue Wohneinheiten entstanden und hier haben viele Bewohner\*innen ein neues Zuhause gefunden. Gegenwärtig verfügt allerdings die Pilgramer Straße über keinen durchgängigen Gehweg und Radfahrstreifen. Die Straße ist aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens in einem schlechten Zustand.

Ab 22. Januar 2019 beginnt endlich die erste von vier Bauphasen zur Sanierung der Straße. Es wird ein 500 Meter langer Abschnitt zwischen der Straße 48 und der B1/B5 asphaltiert. Auf beiden Seiten werden Radstreifen eingerichtet und neue Gehwege mit Parktaschen sowie barrierefreie Bushaltestellen eingerichtet. Die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr durch die Buslinie 398 wird auch während der Bauarbeiten für die Anwohner\*innen gewährleistet. Für das gesamte Vorhaben werden 2,15 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt bereitgestellt. Die Bauar-

beiten für die gesamte Straße sollen im Frühjahr 2020 beendet sein. Zur sozialen Infrastruktur im Gebiet um die Pilgramer Straße gehört auch die Schaffung von Kitaplätzen. Deshalb errichtet der Landesverband der Volkssolidarität Berlin in der Pilgramer Straße 309-311 die Kita „Theo & Dora“. Hier konnte am 23. Januar 2019 unter Anwesenheit des Landesvorsitzenden der Volkssolidarität, Dr. Uwe Klett, und des Jugendstadtrates, Gordon Lemm, das Richtfest für die Kita gefeiert werden. Die Kita soll im August 2019 mit 150 Betreuungsplätzen, u.a. auch für Kinder mit besonderem Förderbedarf (zum Beispiel für autistische Kinder), ihre Arbeit aufnehmen.

In den vergangenen Monaten eröffneten in Mahlsdorf neue Kindergärten in der Stralsunder Straße, in der Giesestraße und in der Bülowstraße. Bis zum Jahre 2020 sollen insgesamt 450 neue Kitaplätze in Mahlsdorf geschaffen werden. Den neuen Kolleg\*innen in den Kitas und den kleinsten Bewohner\*innen, die in den Kitas behütet werden, ein herzliches Willkommen!

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Bezirksverordneter

## Landesparteitagsanträge aus Marzahn-Hellersdorf einstimmig angenommen

### Berliner LINKE setzt sich weiter für 8. Mai als Feiertag ein

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf hatte zwei Anträge für die 1. Tagung des 7. Landesparteitags im Dezember 2018 eingebracht, die letztlich vom Parteitag an den Landesausschuss überwiesen wurden. Am 1. Februar 2019 stimmte der Ausschuss beiden Anträgen einstimmig zu. In einem Antrag setzt sich DIE LINKE. Berlin für eine Änderung des Gesetzes über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ein, mit dem Ziel, dass auch die Grabstätten der Zivilangehörigen der ehemaligen sowjetischen Militärkommandantur in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen und damit der Erhalt der Gräber dauerhaft gewährleistet wird.

Zudem beschloss die Berliner LINKE auf Antrag aus

Marzahn-Hellersdorf weiterhin daran festzuhalten, auch den 8. Mai als Tag der Befreiung zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen. Mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün hat das Berliner Abgeordnetenhaus am 24.1.2019 den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus zu einem offiziellen Gedenktag erhoben. Darüber hinaus wurde beschlossen, dass der 8. Mai 2020 anlässlich des 75. Jahrestages als offizieller Feiertag begangen wird. Wir sind der Meinung, dass Berlin neben dem 8. März weitere Feiertage vertragen kann. Der 8. Mai wäre aus unserer Sicht der richtige Tag, denn wer an diesem Tag nicht feiert, hat verloren!

KRISTIAN RONNEBURG

## Politischer Frühschoppen mit Regina Kittler

Beim 30. sonntäglichen Zusammenkommen ging es diesmal um die Halbzeitbilanz der rot-rot-grünen Koalition in Berlin und welche Themen in den vergangenen Jahren unseren Wahlkreis geprägt haben. Als vor 2 ½ Jahren das Projekt R2G startete, war das Thema Teilhabe in der Stadt ein wichtiger Fokus. Neben vielen Worten folgten diesmal Taten. Ab dem kommenden Sommer fahren alle Schüler\*innen in Berlin kostenlos mit dem ÖPNV. Das Schulesen für Grundschüler\*innen wird ebenfalls kostenfrei und die Lernmittelfreiheit im Land Berlin eingeführt. Dieses Paket wird Familien in Berlin stark entlasten und dafür sorgen, dass alle Kinder gleichberechtigt am schulischen Leben teilhaben können, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Damit eben diese auch wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, wurde die Bedarfsprüfung für Kitakinder abgeschafft und jedes Kind hat nun einen grundlegenden Anspruch auf sieben Stunden Betreuung pro Tag.

Sparen bis es quietscht kennt noch fast jede\*r in unserer Stadt. Dem notwendigen Übel des jahrzehntelangen Sparens folgt nun ein Jahrzehnt der Investitionen. R2G hat für die Sanierung der Stadt bereits in diesem Haushalt 2,2 Mrd. € eingestellt und zusätzlich 5,5 Mrd. € für die Sanierung und den Neubau von Schulen eingeplant. Die Vielzahl von angeschobenen Projekten wird seine Zeit in der Umsetzung benötigen, da sowohl Personal als auch Fachbetriebe auf einem hart umkämpften Markt gefunden werden müssen. Aber an vielen Ecken in der Stadt ist zu merken, dass sich etwas tut.

Die größte Herausforderung für die Berliner\*innen bleibt der angespannte Wohnungsmarkt. Wir als LINKE finden es richtig, dass der Senat Bestandsimmobilien wie in der Karl-Marx-Allee oder im Kosmosviertel kauft. Nur durch eine Deckelung der Bestandsmieten im landeseigenen Besitz wird der Mietspiegel nicht noch weiter durch private Investoren in die Höhe getrieben. Umso wichtiger ist, dass wir weiter daran arbeiten, dass z.B. Modernisierungsumlagen nicht eins zu eins auf die Mieter\*innen abgewälzt werden und damit den sozialen Frieden gefährden. Wir bleiben dabei, dass wir uns die Stadt zurückkaufen und durch gezielten sozialverträglichen Neubau verdichten.

Der Wohnungsneubau nimmt auch im Wahlkreis Marzahn-Süd, Biesdorf, Friedrichsfelde-Ost eine wichtige Rolle ein. Knapp 1700 Wohnungen entstehen bis 2021. Damit einher geht eine stetige Verbesserung der sozialen Infrastruktur. In Biesdorf ist bereits eine neue große Kita entstanden und eine weitere wird bis zum Ende der Legislaturperiode entstehen. Das Unfallkrankenhaus wurde sukzessive ausgebaut und durch eine Klinik für Altersmedizin ergänzt. Das Rathaus Marzahn wird aus SIWANA-Mitteln denkmalgerecht saniert, und das Theater am Park kann nun endlich ebenfalls grundständig saniert werden, wodurch die Theaterbühne wieder nutzbar wird. Beide Projekte haben ein Gesamtvolumen von knapp 35 Millionen Euro. Vor Ort entsteht also derzeit eine Menge unter der rot-rot-grünen Regierung.

Der Frühschoppen mit Regina Kittler hat den anwesenden Bürger\*innen sehr gut verdeutlicht, dass es eben nicht egal ist, wer regiert. Und es ist gut, dass DIE LINKE in der Koalition mitentscheidet und vorangeht.

PHILIPP TRÖGEL

## Petra Pau (MdB): Greta und die Zukunft

**S**ie war die erste und ist inzwischen weltweit bekannt: Greta Thunberg, 15 Jahre alt. Der 20. August 2018 war ein Freitag. Doch sie ging nicht zur Schule und demonstrierte stattdessen vor dem schwedischen Reichstag für ihre Zukunft, für einen wirksamen Klimaschutz. „Fridays for Future“, dieser Initiative haben sich inzwischen international zehntausende Schülerinnen und Schüler angeschlossen.

Derweil debattieren Juristinnen und Juristen sowie Beamtinnen und Beamte in Behörden, was für Jugendliche rechtlich schwerer wiegt, die Schulpflicht oder das Demonstrationsrecht. Ich sage politisch und als studierte Lehrerin: „Ob Greta oder Gerd, eins rauf mit Mappel!“ Schließlich sollen sie nicht für die Schule lernen, sondern fürs Leben und das ist höchst bedroht. Experten warnen, dass wir wahrscheinlich die letzte Generation sind, die eine Klimakatastrophe noch verhindern kann. Aber egal, ob Kohleausstieg oder Dieselskandal, es passiert so gut wie nichts in diese Richtung, im Gegenteil.

Gehen Sie ins Internet, wählen Sie eine Suchmaschine, zum Beispiel quant.com, und geben Sie „Generationen-Manifest“ ein. Das Dokument wurde im Sommer 2017 publik und ist von zahlreichen

Bürgerrechtlern, Umweltschützern, Juristen, Publizisten, Künstlern und anderen mehr unterzeichnet. Ihre Annahme: Bislang gelang es jeder Generation mehr oder weniger gut dafür zu sorgen, dass es der kommenden Generation besser geht als ihr. Damit ist jetzt Schluss. Wir sind dabei, der nächsten Generation Berge von Problemen zu hinterlassen, die sie nicht mehr lösen können. Der Klimaschutz ist nur ein Punkt von zehn, die sie auflisten. So fordern sie auch die sofortige atomare Abrüstung, die Kluft zwischen Arm und Reich endlich abzubauen sowie internationale Regeln für die rasante Digitalisierung. Primär war das Generationen-Manifest an die künftige Bundesregierung gerichtet, also an CDU, CSU und SPD, wie wir seit Frühjahr 2018 wissen. Aber bei Lichte betrachtet sind wir alle gemeint, denn man kann die Zukunft nicht allein Regierungen überlassen. Warum nicht, dafür reicht allein ein Vergleich zwischen dem schwarz-rosa Koalitionsvertrag und dem Generationen-Manifest. Da passt so gut wie nix zusammen. Oder anders gesagt: Die Zukunft wird weiter verspielt, Gretas Zukunft und die von Milliarden Menschen. Ich habe das Generationen-Manifest übrigens längst unterzeichnet, so wie 227.000 andere Bürgerinnen und Bürger auch.

### Aus dem Bezirksvorstand:

## Nachtrag zur Gedenkveranstaltung und Schulsanierungen

**I**m Unterschied zu den meisten vorherigen Beratungen widmeten wir dem Punkt „Aktuelles“ in der zweiten Zusammenkunft außergewöhnlich viel Zeit. Klaus-Jürgen Dahler informierte zunächst über ein Gespräch zwischen der BVV, Heimatverein Marzahn-Hellersdorf und VVN-BdA zu den Ereignissen am 26. Januar 2019 beim Stillen Gedenken an der Stele der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf dem Parkfriedhof Marzahn. Hintergrund war das Bemühen von Vertretern der VVN-BdA, das Niederlegen von Kränzen der AfD als nicht hinnehmbar durch die Gesellschaft zu kommunizieren. In unserem Gedankenaustausch im Anschluss wurde darauf hingewiesen, dass ein breiter Zuspruch von Wählerinnen und Wählern die AfD in Marzahn-Hellersdorf zur zweitstärksten Fraktion in der BVV machte. Hier liegt vor uns die große Aufgabe, unsere Positionen zur Verbesserung der sozialen Lage breiter Schichten und zur Sicherung des Friedens als echte Alternative in der Öffentlichkeit zu propagieren.

Juliane Witt informierte über die völlig unbefriedigende Situation bei der Finanzierung von Containerstandorten für die Absicherung der dringenden Sanierung von Schulen in Marzahn-Hellersdorf (und in ganz Berlin). Der Senat hat in einer Pressemitteilung am 19.2.2019 darüber informiert, dass „50 Mio. € für die punktuelle Ausfinanzierung von Containerlösungen bzw. Interimsunterbringungen während Schulsanierungen“ aus dem Finanzierungsüberschuss 2018 für das Jahr 2019 (SIWANA V) vorgesehen sind. Mit

dieser pauschalen Aussage ist nach wie vor unklar, ob die vom Bezirksamt seit 2016 detailliert und objektkonkret vorliegenden Forderungen endlich berücksichtigt sind und wann das Geld dem Bezirk zur Verfügung steht. Drei Jahre sind verstrichen, ohne dass diese Frage in Vorbereitung der Schulsanierungen haushalttechnisch bis zur Bezirksebene geklärt ist. Der Bezirksvorstand ist sich einig, dass solche Zeitverzögerungen, die durch die Landespolitik verursacht wurden, dem Anliegen der Regierungskoalition – Verbesserung der Lebenssituation der Berliner Bevölkerung – diametral entgegenstehen. Offensichtlich ist an dieser Stelle eine noch engere Zusammenarbeit mit unseren Abgeordneten notwendig.

Im folgenden Punkt informierten wir uns über die aktuelle Situation bei der Umsetzung des Strukturbeschlusses im Bezirksverband. In 4 von den 5 zu bildenden Wahlkreiskoordinierungsgremien ist eine monatliche Beratung personell und organisatorisch gesichert. Die Themen setzen die Gremien unabhängig in eigener Verantwortung in Abstimmung mit den BO. Unverändert ist die Lage im Wahlkreis 5. Hier ist der Bezirksvorstand weiterhin in Gesprächen mit Aktivisten vor Ort. Es folgte eine kurze Information über die Vorbereitung des diesjährigen 1.-Mai-Festes. An dieser Stelle sei schon mal darauf hingewiesen, dass wir tatkräftige Unterstützung von vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern benötigen. Näheres folgt in Kürze. Auch die Hauptversammlung (23. März) wurde weiter vorbereitet. UWE WOLLMERSTÄDT

## Lebensmittel-Retter

**N**eulich erreichte unsere Geschäftsstelle ein Brief - ja, du könntest sogar sagen ein Hilfeschrei: „... ständig sehe ich Lebensmittel in den Müll wandern, die Tonnen quellen praktisch über davon...“ - wie wahr!

Auch meine 12-jährige Enkelin schaut aufs Verfallsdatum und schmeißt flugs mit spitzen Fingern den Joghurt einen Tag später weg. Lebensmittelrettung ist angesagt: Nicht nur, dass es längst erwiesen ist, dass die meisten der Lebensmittel viel länger genießbar sind, als du glaubst bzw. dir mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum oder dem Verfalls-, Verbrauchsdatum weisgemacht wird. Sie schmecken auch danach noch. Stiftung Warentest stellt schon lange fest, dass die unterschiedlichen Fristen für Haltbarkeit oft nicht nachvollziehbar sind und bei gleichen Produkten unterschiedlicher Hersteller sich mitunter um Monate unterscheiden. Davon abgesehen stimmt es immer noch, was schon unsere Oma wusste: Vor dem Wegwerfen erst einmal schauen, schnuppern, schmecken und dann selbst entscheiden.



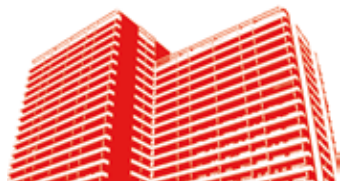
Und jetzt die gute Nachricht: Es gibt sie, die Lebensmittelretter, und nicht wenige. Aktivisten, wie „food-sharing“, Berliner, die sich auch an Unternehmen wenden und sie auffordern, damit aufzuhören, unsortiert Lebensmittel in den Müll zu entsorgen oder die Fair-Teiler, kleine Orte in Berliner Kiezen, wo in Kühlschränken abgegebene Lebensmittel abgeholt werden können. Und es haben sich junge Berliner gefunden, die inzwischen deutschlandweit agieren, sich gegen Lebensmittelverschwendung einsetzen und überschüssige Lebensmittel durch den Verkauf in den eigenen Rettermärkten als auch dem Online-shop zurück in den Kreislauf bringen. Sie haben unter dem Label SIRPLUS „Rettermärkte“ in Charlottenburg, Steglitz und Friedrichshain eröffnet. Es geht ihnen um die Wertschätzung von Lebensmitteln und auch darum, einen wichtigen Beitrag für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu leisten.

Sie wollen sich mit Franchise erweitern, um Lebensmittelrettung aus einer Nische in die Mitte der Gesellschaft zu holen, sie zum Mainstream und damit die Welt ein bisschen besser zu machen - bewundernswert, oder?

Wie realisieren wir eine Idee von mehr Müllvermeidung, bspw. bei Lebensmitteln, was ja immer nur eine Seite von mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz ist, auch hier bei uns in Marzahn-Hellersdorf? Wichtig und notwendig ist es längst.

Im vorigen Jahr waren wir mit dem BVV-Ausschuss „Soziales und Stadteitarbeit“ in der Lebensmittelausgabestelle der Berliner Tafel in der Schwarzburgstraße. Dort mussten wir u.a. hören, dass die Lebensmittel, die die Tafel aus den Supermärkten abholt, viel zu oft gleich in die Tonne wandern, da hier wirklich nicht mehr genießbare Lebensmittel abgegeben werden und der Markt es sich erspart, sie selbst zu entsorgen. Ein anderes Problem - aber ebenso wenig akzeptabel!

SABINE SCHWARZ  
Stv. Bezirksvorsitzende



## Laute Debatten zum „Stillen Gedenken“

Es wurde viel diskutiert in der Bezirksverordnetenversammlung im Februar: Die Zusammenlegung zweier Schulen und besonders die Gedenkveranstaltung im Januar führten zu teils hitzigen Debatten.

Die geplante Zusammenlegung der neuen ISS Mahlsdorf mit der Mozart-Gemeinschaftsschule aus Hellersdorf hatte bereits Tage zuvor in den sozialen Netzwerken zu Aufregung geführt. Unsere Fraktion hatte zur Auslagerung der Mozart-Oberstufe einen Standort in unmittelbarer Schulnähe favorisiert. Da Anfang des nächsten Jahres der Brandschutz an der Mozart-Schule erlischt, die neue und naheliegende Container-Schule in der Sebnitzer Straße in Hellersdorf aber nicht rechtzeitig fertig wird, steht nun die Zusammenlegung an. Im Internet reagierten darauf manche bissig und äußerten sich teils verächtlich gegenüber den Hellersdorfer Schüler\*innen der Mozart-Schule. Die Auffassung, dass der Prozess nicht perfekt verlaufen sei, teilten alle Fraktionen. „Die jetzige Lösung ist nicht optimal, wir hatten eine andere favorisiert. Aber in der aktuellen Lage ist sie die beste“, resümierte unser bildungspolitischer Sprecher Steffen Oesther nach der anhaltenden Kritik der CDU-Fraktion in der BVV.

Unsere Priorität in diesem Monat war die Bereitstellung von Kita-Plätzen im Bezirk. Unser Sprecher für Haushalt, Personal und Bürgerdienste, Klaus-Jürgen Dahler, begrüßte in seiner Rede die Anstrengungen des Bezirksamtes, die bisher 118 Kitas im Bezirk auf 139 auszubauen. „Aber das wird nicht ausreichen, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden. Die offenen Stellen in den Kitas sind damit noch immer nicht besetzt“, fügt er hinzu. Auf die Frage, wie viele Kinder im Vorschulalter in unserem Bezirk keinen Kita-Platz hätten, antwortete Gordon Lemm (SPD),

Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie, dass auf der Warteliste 150 Kinder stünden. Das seien aber lediglich Kinder jener Eltern, die sich auch ans Jugendamt gewandt hatten. Schätzungen zufolge gäbe es bezirksweit 500 Kinder, die einen Anspruch auf einen Platz hätten, aber keinen haben. Mit unserem Antrag fordern wir das Bezirksamt daher auf, gemeinsam mit dem Land Berlin eine Offensive zu starten, um den Erzieher\*innenberuf attraktiver zu machen. Wir unterstützen vollumfänglich die Forderungen der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und der streikenden Erzieher\*innen nach sechs Prozent mehr Entgelt, mindestens aber 200 Euro mehr im Monat bei einer Laufzeit für ein Jahr. Da der Bund ab diesem Jahr mehr als 100 Millionen Euro für die Kitas überweist, seien die Forderungen der Beschäftigten auch finanzierbar, so Dahler. Ein anderes Thema, das viele Anwohner\*innen bewegte, waren die Baumrodungen am Plaza Marzahn, genau genommen an der Mehrower Allee 22. Unser Fraktionschef Bjoern Tielebein hat deshalb in der BVV nachgefragt. Die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) teilte mit, dass ein privater Bauherr dort ein 14-geschossiges Wohngebäude plane. Im Erdgeschoss soll es Gewerbeflächen geben, darüber WGs für Senior\*innen sowie Appartements und 2-3-Zimmer Wohnungen. Über einen Baubeginn konnte das Bezirksamt noch keine Auskunft geben, der Bauantrag liege aber vor. Eine große Anfrage der AfD-Fraktion zu den Ereignissen beim »Stillen Gedenken« zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus am 26. Januar 2019 auf dem Parkfriedhof Marzahn führte in der letzten Stunde der Sitzung zu einer langen, hitzigen Debatte. Aktivist\*innen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen

und Antifaschisten (VVN-BdA) hatten AfD-Mitgliedern bei der Gedenkveranstaltung im Januar den Zugang zum Ort der Kranzniederlegung verwehrt. Dagmar Pohle, die selbst beim Gedenken auf Grund von Krankheit nicht anwesend sein konnte, teilte der empörten AfD-Fraktion in der BVV mit, dass sie sich ein stilles Gedenken gewünscht hätte, aber „Verständnis für Menschen hat, die aus ihrer politischen Auffassung heraus nicht ertragen können, dass Vertreter und Vertreterinnen der AfD an einem Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus teilnehmen“. Die Frage, ob das Bezirksamt Anzeige gegen die Aktivist\*innen erstattet habe, verneinte Bürgermeisterin Pohle.

Schnell ging es in der Diskussion nicht mehr um die Gedenkveranstaltung selbst, sondern um eine Grundsatzdebatte: Die AfD-Fraktion stilisierte sich wieder einmal als Opfer und tätigte verharmlosende Vergleiche von Nazis und Antifaschist\*innen. Besonders die linken Verordneten erinnerten daran, dass Proteste gegen die Teilnahme von AfD-Mitgliedern an solchen Gedenktagen nachvollziehbar seien, mit den Mitgliedern der VVN-BdA führe man dazu allerdings auch kritisch-solidarische Gespräche. Das Kernproblem sei aber nicht ein Protest, sondern die Tatsache, dass die AfD immer wieder mit geschichtsrevisionistischen und verharmlosenden Beiträgen zur NS-Zeit auffiele und so ihr Mangel an geschichtlichem Wissen zu deutschen Verbrechen offenbare.

Unser Sprecher für Siedlungsgebiete und Verkehr, Eberhard Roloff, beendete mit seinem Redebeitrag die BVV an diesem Tage mit einem passenden Zitat von August Bebel: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“

### Beschlossene Anträge der Linksfraktion:

- Bessere Schienenanbindung des Berliner Nordostens
- Ein BerlKönig für Marzahn-Hellersdorf! Das Bezirksamt soll sich dafür einsetzen, dass der Ridesharing-Service der BVG „BerlKönig“ auch in Marzahn-Hellersdorf angeboten wird.
- Informationsveranstaltung zur Auslagerung der Mozart-Schule nach Mahlsdorf
- Personelle Unterstützung zur Koordination der neuen Schule in Mahlsdorf
- Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung
- Übersicht zum Wohnungsneubau

MAGDA ALBRECHT

## Baumfällungen am Plaza Marzahn

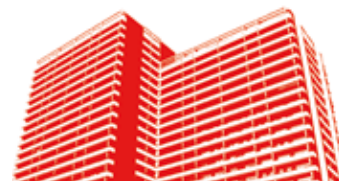
Da sich aktuell viele Bürger\*innen aus dem Gebiet rund um das Plaza Marzahn fragen, warum auf der Grünfläche zwischen dem medizinischen Versorgungszentrum in der Mehrower Allee 22 und der Sella-Hasse-Straße Bäume gefällt wurden, hat unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein beim Bezirksamt nachgefragt.

Bei der Bezirksverordnetenversammlung im Februar gab die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Kohle, DIE LINKE, Auskunft: Das Grundstück befindet sich in Privatbesitz und der Bauherr plant dort ein 14-geschossiges Wohngebäude. Im Erdgeschoss soll es Gewerbeflächen geben, darüber WGs für Senior\*innen sowie Appartements und 2-3-Zimmer-Wohnungen. Über einen Baubeginn konnte das Bezirksamt allerdings noch keine Auskunft geben, der Bauantrag liege aber vor. Da die Baumfällungen in Berlin nur bis Ende Februar möglich sind, werden die Arbeiten jetzt ausgeführt, um den Start der Bauarbeiten nicht zu verzögern.

BJOERN TIELEBEIN



**Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 21. März 2019, 17 Uhr, im Freizeitforum in der Marzahner Promenade statt.**



## Wir ziehen Bilanz

### Bericht zur Fraktionsklausur im Februar 2019

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE trafen sich an zwei Tagen im Februar, um in Klausur zu gehen. Wir zogen Halbjahresbilanz und widmeten uns unseren Schwerpunkten zur weiteren Finanzierung wichtiger Projekte im kommenden Bezirkshaushalt für die Jahre 2020/2021. Obwohl die Finanzmittelbudgetzuweisung für den Bezirk erst im April/Mai 2019 durch die Senatsverwaltung für Finanzen erfolgt, wollten wir schon jetzt unsere haushaltspolitischen Schwerpunkte erarbeiten. Wir treten für eine Fortsetzung der modernen Stadtentwicklung ein, die sich an den Quartieren orientiert, in denen die Menschen wohnen. Auch deshalb ist uns die weitere Finanzierung der soziokulturellen Infrastruktur und der Stadtteilzentren wichtig. Unsere Bezirksstadträtin für Soziales, Juliane Witt, erörterte ein neues Konzept zur Finanzierung der sozialen Stadtteilzentren. Neben einer Grundfinanzierung und dem Erwerb von Leistungspaketen in einem neuen Stadtteilzentrenvertrag soll die Arbeit der Stadtteilzentren gestärkt werden. Wir sehen darin eine Möglichkeit, auf die Veränderungen der Bedürfnisse der Menschen zu reagieren und eigene Akzente stadtteilspezifisch zu finden.



FOTO: LINKSFRAKTION

Unsere Bezirksbürgermeisterin und Finanzstadträtin Dagmar Pohle gab zu Beginn der Beratungen einen Überblick zur aktuellen Haushaltssituati-

on im Bezirk. Die Mitglieder des Hauptausschusses Marina Kastschajewa, Olaf-Michael Ostertag, Bjoern Tielebein und ich diskutierten dann gemeinsam mit unseren Bezirksamtsmitgliedern in Arbeitsgruppen über Projekte, die unbedingt weiter finanziert werden sollten. Dabei wurde durch-

aus kritisch die Personalausstattung der Ämter des Bezirksamtes hervorgehoben. Durch die Durchsetzung des Personalabbaukonzeptes des vorigen Senates sind erhebliche Lücken im Personalhaushalt entstanden. Erst unter Rot-Rot-Grün besteht wieder die Möglichkeit der Neueinstellungen. Diskutiert haben wir über den Erhalt von Einrichtungen, die tarifliche Angleichung bei Zuwendungen im Jugend-, Kultur- und Sozialbereich, die Fortsetzung der Bildungsoffensive, dringende Maßnahmen der Stadtentwicklung in den Großsiedlungen und Siedlungsgebieten, den Ausbau von Kitastandorten, Sportstätten, den Gesundheitsdienst und das Freizeitforum Marzahn sowie über den Umwelt- und Naturschutz. Zugleich befassten wir uns mit den Maßnahmen der Investitionsplanung 2019 bis 2023. Die aufgemachten Schwerpunkte und Forderungen waren viele. Jetzt werden wir gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien in die Diskussion gehen können.

Dabei wollen wir den Diskussionsprozess über künftige notwendige Ausstattungen, Defizite und Anregungen zur Verbesserung der Infrastruktur führen und hoffentlich viele gemeinsame Standpunkte zur Haushaltsplanaufstellung finden.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Haushaltspolitischer Sprecher

## Solidarität mit dem Frauenstreik!

Am 8. März ist Internationaler Frauenkampftag. Schon seit über 100 Jahren streiken, streiten und kämpfen an diesem Tag Frauen für ihre Rechte und gegen jede Form der Unterdrückung. In Marzahn-Hellersdorf leben überdurchschnittlich viele alleinerziehende Frauen mit Kindern, die Kinderarmutsquote ist im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken überdurchschnittlich hoch. Deshalb halten wir es für wichtig, mit unserer Resolution ein starkes Zeichen gegen Sexismus und Ausbeutung zu setzen, und unterstützen daher die Forderungen des Frauenstreiks. Leider konnte in der Februar-Sitzung der BVV nicht darüber abgestimmt werden, weil die AfD-Fraktion die Resolution von der Konsensliste genommen hatte.

Auch heute gehören Diskriminierung, Ausbeutung und prekäre Arbeitsbedingungen zum Alltag vieler Frauen und queerer Menschen. Ein selbstbestimmtes und abgesichertes Leben ist für viele keine Selbstverständlichkeit.

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer (Quelle: Statistisches Bundesamt). Und nicht nur das:

Innerhalb der Familie übernehmen sie zusätzlich unzählige Stunden an unbezahlter und oftmals wenig gewürdigter Erziehungs-, Haushalts- und Pflegearbeit. Manche tun das auch unter prekären



Bedingungen im Zuhause anderer. Für viele Frauen bedeutet dies nicht nur akute finanzielle Abhängigkeit (meist von einem Partner), sondern auch eine erhöhte Gefahr, in Altersarmut zu enden. Viele werden darüber hinaus mit verletzenden Kommentaren, Übergriffen und körperlicher Gewalt klein gemacht.

Der bundesweit ausgerufene Frauenstreik für den 8. März 2019 widmet sich diesen und ande-

ren Themen und fordert unter anderem eine effektive Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und queere Menschen inklusive einer angemessenen Finanzierung von Hilfeeinrichtungen sowie eine angemessene Entlohnung in der Sorge- und Pflegearbeit.

Die Bezirksverordneten aus Marzahn-Hellersdorf erklären sich solidarisch mit dem Netzwerk Frauenstreik und dessen Forderung nach einem gesellschaftlichen und politischen Umdenken.

SARAH FINGAROW

### Trauma

Ich kann nicht sehen  
was ich denke  
wenn ich nicht fühle  
was ich weiß

JANINA NIEMANN-RICH



## Kristian Ronneburg (MdB) zu verkehrspolitischen Themen:

# Senat prüft Seilbahn als öffentliches Verkehrsmittel

Die Seilbahn gehörte zu den größten Attraktionen der IGA 2017. Die Verbindung von der Hellersdorfer zur Marzahner Seite über den Kienberg war sowohl als Attraktion als auch ergänzende Erschließung für das IGA-Gelände konzipiert. Mit dem Vertrag wurde vereinbart, dass die Seilbahn nach der IGA privat weiterbetrieben wird. Bis 2020 hat die Grün Berlin GmbH mit dem Betreiber der Seilbahn die Preise für die Einzeltickets für die Seilbahn sowie die Kombi-Tickets für die Gärten der Welt verhandelt.

Wie es danach mit der Seilbahn weitergehen soll, ist offen. Sowohl Dagmar Pohle als Bezirksbürgermeisterin, die Linksfraktion in der BVV und ich als Wahlkreisabgeordneter setzten sich seit 2017 dafür ein, dass der Senat ernsthaft prüft, ob die Seilbahn in den öffentlichen Personennahverkehr integriert werden kann. Nach anfänglicher Skep-

sis sagte der damals zuständige Staatssekretär für Verkehr, Jens-Holger Kirchner, dies zu. Ernüchterung kam jedoch auf, nachdem der Entwurf des Senats für den Nahverkehrsplan 2019-2023 im Sommer 2018 veröffentlicht wurde. In dem Entwurf wurde einem Seilbahn-Betrieb als ÖPNV eine Absage erteilt. Als Abgeordneter setzte ich mich gegenüber dem Senat dafür ein, diese Aussage zu überdenken. Am 26.02.2019 beschloss der Senat nun den überarbeiteten Nahverkehrsplan und die Kritik hat etwas gebracht! Im neuen Nahverkehrsplan ist vorgesehen, dass während der Laufzeit bis 2023 nun doch eine Prüfung stattfinden soll. Das ist eine gute Nachricht, denn Berlin hätte sonst eine Chance verpasst, Seilbahnen auch als öffentliches Verkehrsmittel - nicht nur als Attraktion - zu begreifen. Ich werde die weiteren Prüfschritte des Senats aufmerksam begleiten.



## Nahverkehrsplan 2019 - 2023

Der Berliner Senat hat am 26.02.2019 den Nahverkehrsplan für die Jahre 2019 bis 2023 beschlossen, der unter dem Vorzeichen der „wachsenden Stadt“ und den damit einhergehenden enormen Herausforderungen für den öffentlichen Personennahverkehr steht. Unter anderem folgende Pläne werden für Marzahn-Hellersdorf verfolgt:

Auf der S-Bahn ist bis 2030 vorgesehen auf der Linie S5 einen 5-Minuten-Takt in der Hauptverkehrszeit zwischen Mahlsdorf und Warschauer Straße und einen 10-Minuten-Takt nach Strausberg einzuführen (abhängig von der Bestellung durch das Land Brandenburg).

Die Untersuchungen für die Schienen-TVO werden vorangetrieben. Ab 2019 werden im Rahmen des Investitionsprogramms „i2030“ die Planungen mit dem

Abschnitt Wartenberg - Karower Kreuz als S-Bahn begonnen. Ab 2020 soll für den Abschnitt Springpfuhl -Grünauer Kreuz der erforderliche Systementscheid zur Realisierbarkeit der Trasse als S-Bahn- oder Regionalverkehrsstrecke angegangen werden. Mit der geplanten Inbetriebnahme der Verlängerung der U5 zum Hauptbahnhof werden alle Fahrten zum Hauptbahnhof verlängert. Zudem soll mit Eröffnung der Neubaustrecke und entsprechendem Zulauf an Neufahrzeugen eine Taktverdichtung der U5 in der Hauptverkehrszeit auf einen 3,3-Minuten-Takt zwischen Kaulsdorf-Nord und Hauptbahnhof realisiert werden.

Neben dem Ausbau der Straßenbahnlinie 62 in Mahlsdorf durch ein zweites Gleis, mit dem ein 10-Minuten-Takt ermöglicht werden soll (Inbetriebnahme

2025), soll die Linie 63 an Samstagen im Tagesverkehr bis Rahnsdorfer Straße und perspektivisch bis Bahnhof Mahlsdorf verlängert werden. Die Linie 18 soll aus dem Bereich Fennpfuhl, Herzbergstraße und Allee der Kosmonauten eine Straßenbahn-Direktverbindung zum Alexanderplatz im 10-Minuten-Takt bilden und künftig aus 40-Meter-Zügen bestehen. Eine weitere Ausdehnung der dichten Hauptverkehrszeiten-Takte ist auch auf der Linie M6 vorgesehen. Eine neue Metrobuslinie in Marzahn-Hellersdorf könnte die Linie M95 werden (Mahlsdorf - Hellersdorf - Gärten der Welt - Marzahn). Auf der Linie X54 wird die Ausdehnung der Betriebszeiten geprüft, auf der Linie X69 eine Taktverdichtung auf 10 Minuten im Tagesverkehr. Auch für die Linie 197 ist die Ausweitung des 10-Minuten-Taktes geplant.

## Dagmar Pohle: Rathausplitter

Am 17. Februar wurde im Schloss Biesdorf mit einer Vernissage die Fotoausstellung „Fernwärme - Marzahn-Hellersdorf - Fotografische Positionen“ eröffnet. 20 Studierende der Ostkreuzschule - eine der renommiertesten Ausbildungseinrichtungen für Fotografie - waren im letzten Jahr im Bezirk unterwegs. Es entstand ein ungeschminktes und sehr persönliches Portrait unseres Bezirkes. Die Ausstellung ist unbedingt zu empfehlen!

Am Freitag, dem 15.3., 18.00 Uhr, wird es im Rathaus Marzahn, Helene-Weigel-Platz, die Vernissage „Kostbarkeiten X - ich bin der Maler Metzkes“ geben. Veranstalter ist die BVV, erwartet wird der Künstler, der in diesem Jahr seinen 90. Geburtstag begeht.

Nach einem Beschluss des Abgeordnetenhauses hat Berlin ab diesem Jahr einen neuen Feiertag - den Internationalen Frauentag. Anlässlich dieses Tages laden das Frauennetz Marzahn-Hellersdorf und der Verein „Fit und Fun in Marzahn“ am Vorabend ab 17 Uhr in die Frauensporthalle im Freizeitforum zu Tanz und Feier ein. Am 8.3. selbst wird es um 13 Uhr wieder „Rosen für Clara“ im Clara-Zetkin-Park in Marzahn-Nord geben. Ich hoffe, dort viele Frauen zu treffen, Männer sind auch

herzlich eingeladen!

Vor einem Jahr habe ich als Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Stadtentwicklung mit der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, für unseren Bezirk das „Bündnis für Wohnungsneubau und Mieterberatung“ unterschrieben.

Eine erste Abrechnung der Meilensteine zeigt, dass wir auf gutem Wege sind. Seit dem Sommer des vergangenen Jahres gibt es eine unabhängige und für die Mieterinnen und Mieter kostenfreie Mieterberatung, die in den Stadtteilzentren des Bezirkes angeboten und gut nachgefragt wird. Verabredet war auch, dass wir bis zum Stichtag 30.9.2018 Baugenehmigungen für mindestens 1.800 WE erteilen. Erreicht haben wir 2.080 WE. Die Nachfrage, auch aus unserem Bezirk selbst, nach neuen Wohnungen ist ungebrochen. Die Kräne drehen sich und es rollen wieder viele Umzugswagen in den Bezirk.

Am 27.2. fand sechs Monate nach der Grundsteinlegung in Mahlsdorf das Richtfest für die integrierte Sekundarschule, die in Holzbauweise mit vorgefertigten Modulen errichtet wird, statt. Und am 5.8. zum Schuljahresbeginn sollen die Schülerinnen und Schüler ihre neue Schule in Betrieb neh-

men. Und da sie nicht gleich voll belegt sein wird, sondern, wie es heißt, hochwachsen wird ab der 7. Klasse, wird sie für zwei Jahre Schülerinnen und Schüler aus der Mozart-Gemeinschaftsschule beherbergen, damit endlich das Schulgebäude saniert werden kann.

Am Murtzener Ring haben, wie in der Informationsveranstaltung im Sommer des vergangenen Jahres für die Anwohnerinnen und Anwohner berichtet, die Erschließungsarbeiten für die Modulare Unterkunft begonnen. Informationen zum Bauablauf, einschließlich zu Ansprechpartnern, finden sich auf der Homepage des Bezirksamtes unter [www.marzahn-hellersdorf.de](http://www.marzahn-hellersdorf.de) Zum Ende der Baumaßnahmen wird es vor Eröffnung der Unterkunft eine Veranstaltung zur Vorstellung des Betreibers geben.

Endlich gibt es Bewegung in der Seilbahnfrage: Der Berliner Senat hat im beschlossenen Nahverkehrsplan für die Jahre 2019 bis 2023 festgehalten, dass er die Seilbahn über den Kienberg dauerhaft erhalten will und deshalb die Einbindung in den öffentlichen Nahverkehr prüfen wird.

Für uns gibt es das besondere Angebot der Leitner AG, zur Geburtstagsfeier am 15.6. in den Gärten der Welt einen Geburtstagstarif anzubieten.

## Was machst du am 8. März? Streik am Frauenkampftag

Spanien, Argentinien oder Polen haben es vorgemacht: Frauen und queere Menschen gehen millionenfach auf die Straße, streiken und kämpfen für eine bessere Zukunft für alle. Das ist kein neues Phänomen, feministische Streiks haben eine lange Tradition: In der jüngeren Geschichte in Deutschland gab es 1994 den letzten bundesweiten Frauenstreik, an dem rund eine Million Frauen teilnahmen und Straßen und Plätze besetzten.

Gestreikt wurde damals gegen die „vielfältig bestehende Frauendiskriminierung nach der ‚Wende‘, gegen den Abbau von Grundrechten und Sozialleistungen, gegen Gewalt, für gleiche Rechte für Flüchtlinge und Migrantinnen, für vielfältige Lebensformen und Selbstbestimmung im Falle einer ungewollten Schwangerschaft“, fasst die Historikerin Gisela Notz auf der Seite des Feministischen Archivs zusammen. Aufgerufen wurde zur Verweigerung der bezahlt und unbezahlt geleisteten Arbeit in Produktion und Reproduktion.

Genau 25 Jahre später knüpfen wir fast nahtlos an diese Forderungen an. Keine hat sich erledigt, manche in ihrer Dringlichkeit verschärft: Aktuell in der Diskussion ist noch nicht einmal die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, son-

dern lediglich der Paragraph 219a und die Frage, ob Ärzt\*innen auf ihrer Webseite überhaupt über Schwangerschaftsabbrüche informieren dürfen. Für Ostdeutsche ist das ganz besonders bitter, war Abtreibung in der DDR doch bereits seit dem 9. März 1972 legal. Nach dem Mauerfall setzte sich das restriktive West-Recht durch. Ein Rückschritt. Doch was macht einen feministischen Streik aus? Hier wird deutlich, dass ein anderer Arbeitsbegriff auch einen anderen Streikbegriff nach sich ziehen muss: Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Hausarbeit, emotionale Arbeit oder die private Pflege von Angehörigen. Eine bloße Arbeitsniederlegung wie im klassischen Streik würde eher zur Folge haben, dass die Arbeit einfach liegen bliebe und morgen doppelt so viel zu erledigen wäre, oder dass eine Person nicht die Pflege bekommt, die sie benötigt. Es werden also „die Falschen“ bestraft.

Ein feministischer Streik oder Protest muss daher vielseitiger und kreativer ausfallen und darf nicht unsolidarisch mit jenen sein, die ihre Arbeit nicht niederlegen können, weil sie Abmahnungen oder gar Kündigungen zu befürchten haben. Wie streiken also?

Das Netzwerk Frauen\*streik, das bundesweit

die Aktionen am 8. März vorbereitet, hat einige Ideen gesammelt: Die kämpferische Mittagspause oder ein penibler, langsamer „Dienst nach Vorschrift“ sind nur zwei Beispiele. Eine andere Möglichkeit sind Überlastungsanzeigen. Das Frauen\*streik-Netzwerk hat einen Vordruck solcher Anzeigen auf ihrer Webseite vorbereitet. Diese kann man ausfüllen und zurück an das Netzwerk senden. Gesammelt werden die Überlastungsanzeigen bereits am 7. März um 10 Uhr morgens vor dem Bundesministerium für Gesundheit übergeben. Ein symbolischer Akt, aber er macht sichtbar, wie viel Arbeit Frauen häufig ohne Entlohnung leisten. In Berlin gibt's doch jetzt einen Feiertag, denken nun viele. Aber: Viele Menschen müssen am Feiertag trotzdem arbeiten und unbezahlte Pflege- und Hausarbeit kennen sowieso keinen Feiertag.

Am 8. März finden vielfältige Aktionen statt. Die einen streiken, die anderen organisieren eine kämpferische Mittagspause, die nächsten demonstrieren: Um 14 Uhr startet die große Demonstration auf dem Alexanderplatz. Eine andere Demonstration beginnt um 15 Uhr vor dem Frauengefängnis Lichtenberg. Alle Informationen gibt es auf [www.frauenstreik.org](http://www.frauenstreik.org). MAGDA ALBRECHT

## „Rotes Sofa“ mit Janko Lauenberger

Am letzten Februardienstag nahm der Berliner Jazzgitarrist Janko Lauenberger Platz auf dem „Roten Sofa“ im Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt. Lauenberger, 1976 in Berlin geboren, ist verwandt mit Unku aus dem Buch Ede und Unku - Pflichtlektüre an den Schulen in der DDR - von Grete Weiskopf (alias Alex Wedding). Unku heißt eigentlich Erna Lauenberger und war die Cousine von Janko Lauenbergers Großmutter Helene „Kaula“ Ansin. Erna Lauenberger wurde von den Nazis mit Anfang 20 nach Auschwitz deportiert und dort mit ihren Kindern und vielen ihrer Verwandten ermordet. Helene Ansin überlebte als einzige der erwähnten Sinti in Ede und Unku den Nationalsozialismus. Seine Familiengeschichte hielt Lauenberger zusammen mit Juliane von Wedemeyer im 2018 erschienenen Buch Ede und Unku - die wahre Geschichte: Das Schicksal einer Sinti-Familie von der Weimarer Republik bis heute fest. Warum Janko Lauenberger heute nicht auch Lauenberger heißt, hat einen simplen Hintergrund: Ein Standesbeamter nahm es mit der Schreibweise nicht so genau. Zur Romanfigur Ede haben Lauenberger und von Wedemeyer keine Spuren gefunden.

Manuela Schmidt und Janko Lauenberger lernten sich bei einer Veranstaltung am Ort der Erinnerung an das Zwangslager Marzahn kennen. Im Gespräch beschrieb Lauenberger die Entstehung des Buches als ein Zusammenspiel von Materialien aus Akten, Erzählungen der Alten in der Familie und vorhandenen Aufzeichnungen anderer Schriftsteller. Lauenberger sagt, dass seine Großeltern und auch seine Eltern nicht viel von der

erlebten Verfolgung und Ermordung in der Zeit des Nationalsozialismus erzählten. Die Kinder und Enkel sollten geschützt werden.



Erzählte aus seinem Leben: Janko Lauenberger, der neben Dr. Manuela Schmidt auf dem Roten Sofa Platz genommen hatte. Foto: Th. Braune

In der DDR erlebte Lauenberger zwar rassistische Anfeindungen in der Schule, staatlicherseits erfuhr er aber keine direkten Repressionen. Nur die kurze Episode in einem Heim für Schwererziehbare trübten die Erinnerungen. Durch die Anfeindungen in der Schule kam es öfter zu Rangeleien auf dem Schulhof, die schließlich das Jugendamt auf den Plan riefen. Im Alter von 10 Jahren lebte Lauenberger sieben Monate im Heim. Hinzu kam, dass seine Familie einen Ausreiseantrag gestellt

hatte. Geholfen hat schließlich ein Brief an Margot Honecker. Auch Reimar Gilsenbach, bekannter, unabhängiger DDR-Umwelt- und Friedensaktivist, und schrieb auch eine

Reportage über die Familie. Ohne Gilsenbach würde es auch den Gedenkstein auf dem Marzahn Parkfriedhof nicht geben.

Zur Musik kam Lauenberger im Alter von sechs Jahren, als er die ersten Griffe auf der Gitarre von seinem Vater - auch Musiker - lernte. Die Schulferien verbrachte er oft bei Verwandten in Halle, die dort Fahrgeschäfte auf dem Rummel führten. Nach stundenlangen Freifahrten wurde am Abend Musik gemacht, was ihn nachhaltig prägte. Heute macht Janko Lauenberger Musik mit bekannten Jazzmusikern Deutschlands und in Formationen wie Sinti Swing Berlin oder Radio Django.

Etwas wehmütig blickt Lauenberger auf die Zeit in den 1980er und 1990er Jahren in Berlin zurück. „Die Blicke waren weicher“, sagt er. Heute seien die Blicke härter, gerade für Menschen mit dunkler Haut. Die 13 Jahre in der DDR waren im Rückblick eine tolle Zeit, erzählt Lauen-

berger. Aus dieser Zeit habe er noch viele Freunde. Wichtig ist Janko Lauenberger, dass die diskriminierende Fremdbezeichnung „Zigeuner“ wekommt. Heute gebe es auch Bestrebungen, einen Namen für alle Sinti und Roma zu finden, die in den anderen europäischen Staaten auch noch anders bezeichnet werden. Lauenberger hätte nichts dagegen, wenn alle als Roma bezeichnet würden.

### Rosen für Clara

» **8.3.**, 13 Uhr, Gedenkstunde „Rosen für Clara“ am Clara-Zetkin-Denkmal in Marzahn NordWest, zwischen Niemecker und Wittenberger Straße. Wer mag: Treff um 12 Uhr am S-Bahnhof Ahrensfelde und gemeinsamer Gang zum Clara-Zetkin-Denkmal. Am Denkmal tauschen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber aus, was sie an diesem Tag bewegt und warum es gute Gründe dafür gibt, dass Frauen trotz des 8. März als Feiertag in Berlin streiken und protestieren.

### Sozialberatung im

### Kiezbüro von Kristian Ronneburg

» **21.3., 15 Uhr:** Sozialberatung am jeweils 3. Donnerstag eines Monats. Um Voranmeldung gebeten. Diese kann während der Öffnungszeiten im Kiezbüro (siehe [www.kristian-ronneburg.de](http://www.kristian-ronneburg.de)), telefonisch 030 47057520 oder schriftlich unter folgenden E-Mail Adressen: [stein@wk.linksfraktion-berlin.de](mailto:stein@wk.linksfraktion-berlin.de) [volkert@wk.linksfraktion-berlin.de](mailto:volkert@wk.linksfraktion-berlin.de) erfolgen. Adresse Kiezbüro Kristian Ronneburg: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

### Basis- und Aktionskonferenz

» **22.3.**, 17 - 21 Uhr, Karl-Liebke-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, Schwerpunkte: Europawahlkampf und das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“

### Hauptversammlung

» **23.3.**, 10 - 17 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, 4. Tagung der 6. Hauptversammlung mit den Themen: Europawahl 2019, DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf und öffentliches Eigentum

### Rotes Sofa

» **26.3.**, 18 Uhr, Abgeordnetenbüro Kittler und Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Filmvorführung „Die Friseurin“, ein in Marzahn gedrehter Film

### Treffen im Wahlkreis 1

» **1.4.**, 19 Uhr, Golferia, Wittenberger Str. 50, 12689 Berlin, Treffen aller im Wahlkreis 1 wohnenden Mitglieder der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf

### Treffen im Wahlkreis 4

» **3.4.**, 18 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, Treffen aller im Wahlkreis 4 wohnenden Mitglieder der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf

### Bezirksvorstand

» **19.3., 2.4.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

### Basis-Koordinierungsberatungen

» **6.3.**, 18 Uhr, BO WK 4, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **7.3., 4.4.** jeweils **19 Uhr**, BO WK 1, Golferia, Wittenberger Straße 50, 12689 Berlin

» **2.4., 7.5.** jeweils **19.30 Uhr**, BO WK 2, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **12.3., 9.4.** jeweils **19 Uhr**, BO WK 3 + 6, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

### Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» **27.3.**, (1) 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, (2) 15-17 Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, um telefonische Anmeldung unter: 030 99289380 wird gebeten.

### Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» **22.3.**, 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin Telefon: 030 54980323

### Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» **26.3.**, 10-11 Uhr, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Telefon: 030 54980322

### Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» Einen persönlichen Termin mit Kristian Ronneburg vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15-19 Uhr), Telefon: 030 47057520

### Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

### BBV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE**, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 - 17 Uhr, do 15-18 Uhr, Tel.: 030 902935820, E-Mail: [fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

„Die Definition von Wahnsinn ist,  
immer wieder das Gleiche zu tun –  
und andere Ergebnisse zu erwarten.“

Albert Einstein

### Im Zweifel für die Gesundheit

Selbst wenn

Stickoxide sie nicht ersticken würden

Feinstaub nicht grob zu ihr wäre

Gesundheit ein firmamenthohes Gut

deshalb von staubwolkenniedrigem Wert

theorieverharmlosender Pneumologen

sie ist kalt oder

schuldhaft im Dunstkreis der Autoindustrie

Jürgen Riedel

### Hinten links: Wichtiges

Die USA mit einem unberechenbaren Präsidenten an der Spitze tragen maßgeblich zur Destabilisierung der Welt bei.

Noch im März wollen die Angelsachsen irgendwie den Brexit vollziehen. Die Münchener Sicherheitskonferenz hat getagt - wie die Klimakonferenz ohne wirkliche Resultate.

Am letzten Mai-Sonntag sind Wahlen zum Europäischen Parlament.

Bei den anstehenden Regionalwahlen in deutschen Landen befürchten die Regierenden und anderen Etablierten zu Recht Landverluste.

### Frage

Wie und mit welchen alternativen Konzepten wird DIE LINKE sich diesen Herausforderungen zu stellen vermögen? R. RÜDIGER

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,  
12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Offen: Montag 13 - 17 Uhr  
Dienstag 10 - 17 Uhr  
Donnerstag 13 - 18 Uhr  
Freitag 10 - 13 Uhr

Schließtag:  
29. März 2019

Impressum Marzahn-Hellersdorf **links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

**Layout:** Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Bearbeitungsschluss:** 28.02.2019. Auslieferung ab 05.03.2019.

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächsten Ausgaben erscheinen am **02.04. und 07.05.2019 (Anlieferung aus Druckerei).**